

Gemeinsame

Pressemitteilung

Solidarität mit den Ärzten

Entscheidung des Erweiterten Bewertungsausschusses setzt die schlechte Einkommenssituation der Psychotherapeuten fort

Berlin, 6. September 2012. Für die Psychotherapeuten bedeutet das Ergebnis der Honorarverhandlungen zwischen Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV) und Krankenkassen einen beträchtlichen Reallohnverlust. Die Psychotherapiehonorare sind seit Beginn des Jahres 2009 so gut wie unverändert. Die jetzt vom Erweiterten Bewertungsausschuss gegen die Stimmen der Ärzte und Psychotherapeuten beschlossene Anhebung des Orientierungswertes um lediglich 0,9% bedeutet eine Anhebung des Umsatzes für eine Sitzung Psychotherapie um nur 84 Cent - in vier Jahren.

Aufgrund der reinen Stundenlohnvergütung bei den Psychotherapeuten ist der Orientierungswert die entscheidende Stellgröße zur Steigerung des Einkommens. Die Arbeitssituation von Psychotherapeuten unterscheidet sich wesentlich von denen der somatisch tätigen Arztgruppen: Psychotherapeuten können sich in Abwesenheitszeiten nicht vertreten lassen, ihre Leistungen sind nicht delegierbar und es gibt keine technischen Leistungen, die zu einer Erhöhung des Einkommens je Zeiteinheit beitragen. Eine Psychotherapie-Sitzung von 50 Minuten dauert einfach 50 Minuten.

Der ergangene Schiedsspruch trifft die Psychotherapeuten umso härter, als nach den Angaben der KBV das monatliche Nettoeinkommen eines Psychotherapeuten bei fast gleicher Arbeitszeit nur bei 2.658 Euro und damit bei der Hälfte der Netto-Einkommen der anderen Arztgruppen liegt.

Der Schiedsspruch gleicht die Inflation der letzten vier Jahren in keiner Weise aus; die Folge wird sein, dass die Psychotherapeuten an den Aufwendungen für ihre Praxen und an ihrer persönlichen Vorsorge sparen müssen. Die unterzeichnenden Psychotherapeutenverbände stellen fest, dass mit der aktuellen Entscheidung die für einen akademischen Beruf mit jahrelanger Ausbildung desolante Einkommenssituation fortgeschrieben wird. Psychische Krankheiten nehmen zu und

es gibt nicht genug psychotherapeutische Behandlungsplätze. Psychotherapie wird zwar gebraucht, aber bezahlt werden soll sie offensichtlich nicht. Das geht zu Lasten unserer Patienten.

Die Verbände der Psychotherapeuten stehen solidarisch zur Entscheidung der Ärzte im Bewertungsausschuss, vor einer inhaltlichen Fortsetzung der Verhandlungen zunächst auf eine Klärung des Umgangs miteinander zu drängen.

Die Psychotherapeuten erwarten, dass bei diesen Gesprächen auch über Lösungen nachgedacht wird, die die besondere Honorarsituation der Psychotherapeuten berücksichtigt.

Die unterzeichnenden Verbände vertreten 15.000 niedergelassene Psychotherapeuten.

**Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp)
Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPtV)
Vereinigung Analytischer Kinder- und Jugendlichen-
Psychotherapeuten (VAKJP)**

Ansprechpartner:

bvvp e.V. Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten
Schwimmbadstr. 22, 79100 Freiburg
Tel. 0761-7910245 Fax: 0761- 7910243
Mail: bvvp@bvvp.de